



Protokoll der 19. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. August 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Fabian Eisenring, Corinne Hügli und Markus Meyer

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 21.05.2014 und 25.06.2014 ://: Die beiden Protokolle der Ratssitzungen vom 21. Mai 2014 und 25. Juni 2014 werden einstimmig genehmigt.	-
2. Quartierplanvorschriften Altbrunnen - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung ://: Der Zusatzantrag betreffend der Bushaltestelle „Grammet-Brücke“ wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. ://: Dem Änderungsantrag der BPK betreffend § 8 Abs. 2 des QP-Reglementes wird grossmehrheitlich zugestimmt. ://: Der Rat beschliesst einstimmig die QP-Vorschriften Altbrunnen, bestehend aus dem Quartierplanreglement sowie dem Situationsplan/ Schnittplatz 1:500 vom 19.12.2013.	2014/107 2014/107a
3. Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege vom 29.11.2000 (ESL 902.1), Teilrevision - Bericht der GOR-Kommission ://: Einstimmig wird die Teilrevision des Reglementes über die Kinder- und Jugendzahnpflege vom 29.11.2000 mit rückwirkender Inkraftsetzung per 01.08.2014 und unter Berücksichtigung des GOR-Antrages beschlossen.	2014/133 2014/133a
4. Oberer Burghaldenweg: Ausführungskredit für Abwasser von TCHF 204, Planungskredit für Strassenprojekt von TCHF 60, Bau- und Strassenlinienplan ://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.	2014/139
5. Seltisbergerstrasse, Tempo 30 - Bericht Stadtrat zum Postulat von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion betreffend Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse ://: Die stadträtlichen Ausführungen zum Postulat werden vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Der stadträtliche Antrag betreffend der Postulatsabschreibung wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.	2012/11 2012/11a
6. OeW-Zonen, Überarbeitung - Bericht Stadtrat zur Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen betreffend Überarbeitung der OeW-Zonen in Liestal ://: Einstimmig nimmt der Rat den stadträtlichen Bericht zur Motion zur Kenntnis und schreibt die Motion mit 25 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen ab.	2013/35 2013/35a

- | | | |
|-----|--|-----------------------------------|
| 7. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 10 Fragen beantwortet.</i> | - |
| 8. | Wasserversorgungskonzept - Bericht Stadtrat zum Postulat „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept mit Variantenabklärung“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion
<i>://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und der stadträtliche Bericht zum Postulat an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2010/128
201/128a
2010/128b |
| 9. | Gewerbezone „Untere Wanne“ - Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend Prüfung einer neuen Gewerbezone „Untere Wanne“
<i>://: Das Postulat wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2014/127 |
| 10. | Verkehrsordnung im Stedtli - Postulat „Verkehrsordnung im Stedtli durchsetzen“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion
<i>://: Einstimmig wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2014/128 |
| 11. | Rathausstrasse - Postulat von Diego Stoll der SP-Fraktion und Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sanierung und Neugestaltung der Rathausstrasse
<i>://: Einstimmig wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2014/131 |
| 12. | Fuss- und Veloweg Burgeinschnitt - Interpellation „Viertes SBB-Geleis in Liestal: Fuss-/Veloweg entlang dem Burgeinschnitt“ von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2014/134 |
| 13. | Kündigungen Stadtbauamt - Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Kündigungen in der Abteilung Bauamt
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2014/135 |
| 14. | Verkehrssicherheit - Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Verkehrssicherheit
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/136 |
| 15. | Banntag - Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Liestaler Banntag
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/137 |
| 16. | Veloverbindung - Postulat „Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg - Oristalstrasse“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/138 |

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates, die Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im Amtsjahr 2014/2015.

In seiner Antrittsrede richtet Heinz Lerf (FDP) als Ratspräsident folgende Worte an die Anwesenden:

*Liebe Einwohnerratskolleginnen, liebe Einwohnerratskollegen,
werte Stadträtinnen, werte Stadträte, geschätzter Stadtpräsident,
geschätzte Vertreter der Presse, geschätzte Gäste auf der Tribüne.*

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur 1. Ratssitzung des neuen Amtsjahres.

Bevor wir mit unserer heutigen Sitzung richtig loslegen, möchte ich kurz – und ich meine wirklich kurz – ein paar Worte an Sie alle richten.

An der Juni Sitzung haben wir erfahren, dass mein Vorgänger Hanspeter Stoll der 42. Präsident unseres Rates gewesen war. Jetzt folgt der 43. Ohne dass ich die 42 Antrittsreden in den Protokollen – das ginge zurück auf Anfang der 70-iger Jahre – nachgelesen habe, bin ich sicher, dass alle Ratspräsidentinnen und Präsidenten vor mir in etwa folgende Erwartungen und Wünsche an die dannzumaligen Kolleginnen und Kollegen gehabt haben:

- *Reibungsloser Ratsbetrieb*
- *Träfe und zielgerichtete Voten*
- *Engagierte Debatten*
- *Entscheidungen und Beschlüsse konform mit den geltenden Gesetzen und Verordnungen*
- *Respekt gegenüber anderen Meinungen und Ansichten*
- *Mit Niederlagen leben können*
- *Und so weiter ...*

Das soll auch im Amtsjahr 2014/2015 nicht anders sein.

Aber – so mein bescheidener Wunsch – darf die obige Aufzählung durchaus auch mit feinem Humor gepaart sein. Der hat – nein der muss – stets auch etwas Platz haben in unseren zumeist doch sehr ernsten Debatten.

Zum Schluss noch eine Bitte aus aktuellem Anlass. Gehen Sie doch – vorab während des Ratsbetriebes – verantwortungsbewusst und massvoll mit ihren Handys um.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Somit ist die 19. Sitzung dieser Legislaturperiode offiziell eröffnet.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Als neues Ratsmitglied darf speziell Roman Schmied der Grünen Fraktion begrüsst werden, welcher als Nachrückender von Jürg Holinger (GL) seit 1. Juli 2014 im Amt ist.

GL-Fraktionspräsidentin Lisette Kaufmann stellt das neue Ratsmitglied kurz vor: Roman Schmied ist in Liestal aufgewachsen und hatte während seines Physik-Studiums in der ganzen Welt gearbeitet und gelebt. Er arbeitet nun an der Uni Basel als Physiker und hat einen siebenjährigen Sohn. Seine Freizeit verbringt er gerne draussen beim Wandern, Velofahren usw. Ausserdem ist er im Vorstand der Grünen Liestal.

- Der Terminplan 2015 sowie Detail-Terminplan 2015 des Einwohnerrates sind vom Büro genehmigt und an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden. Die Ratsmitglieder möchten insbesondere auch den Detail-Terminplan beachten, in welchem unter anderem die Einreichfrist für Vorstösse und Vorlagen sowie die einwohnerrätlichen Anlässe usw. aufgeführt sind.

- Gemäss den am 27. November 2013 beschlossenen Änderungen des einwohnerrätlichen Geschäftsregementes sind seit 01.07.2014 folgende wichtigen Neuerungen zu berücksichtigen:
 - ❖ Seit 01.07.2014 ist die neue ständige Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) gemäss § 22 und § 26^{bis} im Amt.
 - ❖ Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen (§ 79 Abs. 3 und 4): Fraktionssprecher und Ratsmitglieder können im Anschluss an die Mitteilungen des Ratspräsidiums Erklärungen abgeben, doch dürfen diese keine laufenden Geschäfte betreffen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rosa
- ER-Terminplan 2015 und Detail-Terminplan 2015
- Neue Vorstösse, Nr. 2014/140 - Nr. 2014/142

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Humanitäre Zeichen setzen“ der Grünen Fraktion (Nr. 2014/140)
- Postulat „Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/141)
- Interpellation „Sonntagsflohmarkt im Stedtli“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2014/142)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------|--|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Werner Fischer (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Patrick Mägli (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Wortbegehren angemeldet.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 13. August 2014 beschlossen und behandelt.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass er die Sitzung um ca. 20.00 Uhr schliessen möchte. Die Pause wird heute früher als gewohnt angesetzt, da Stadträtin Regula Nebiker spätestens um 18.45 Uhr die Sitzung verlassen muss. Somit sollte es möglich sein, dass sie selbst die ihr Departement betreffenden Fragen in der „Fragestunde“ vorgängig ihrem Weggang noch selbst beantworten kann.

206 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 21. Mai 2014 und 25. Juni 2014

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den beiden Protokollen vom 21.05.2014 und 25.06.2014 eingegangen sind, weshalb dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt wird.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass zu diesem Traktandum keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 21. Mai 2014 und 25. Juni 2014 werden einstimmig genehmigt.

207 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplanvorschriften Altbrunnen - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung (Nr. 2014/107)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Gemäss § 78 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat ist die Vorlage zweifach zu beraten. Das heisst, dass nach der heutigen zweiten Lesung auch über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK abzustimmen ist.

Von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion ist soeben noch ein Zusatzantrag eingereicht worden.

Vom BPK-Präsidenten Diego Stoll (SP) ist ihm signalisiert worden, dass dieser zum Geschäft an der heutigen Sitzung nichts mehr beizufügen habe.

Matthias Zimmermann (SP) hält fest, dass sich seine Fraktion nicht gegen den Quartierplan entscheiden werde, doch sei man mit der halbpätzigen Lösung einfach nicht zufrieden. Es sollen ja nicht einfach nur Wohnungen gebaut, sondern auch lebenswerte und attraktive Begegnungsräume mit einer gewissen Lebensqualität geschaffen werden. Die SP-Fraktion stellt einen höheren Anspruch als beim vorliegenden Quartierplan. Man hatte es verpasst, einen Masterplan im dortigen Gebiet zu machen und so ist die neue Siedlung auch schlecht erschlossen. Die Siedlung liegt an der Autostrasse und ist deshalb recht lärmig. Auch können in den Sockelgeschossen keine Dienstleistungen wie Spitex, Kindergärten, Geschäfte usw. einquartiert werden, wie dies bei den letzten QP's der Fall war. Von der BPK wird ein Änderungsantrag betreffend dem Energiekonzept vorgeschlagen, und doch befriedigt dieses nicht, selbst wenn man den Antrag gutheissen würde. Solche Punkte sollten bei der nächsten Quartierplan-Erarbeitung mitberücksichtigt werden. Seine Fraktion wird den QP-Vorschriften Altbrunnen zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) stellt fest, dass der QP Altbrunnen ganz am Rand von Liestal und am Schluss der Heidenlochstrasse liegt. Auf Seite 89 des Entwicklungsplanes 2014-2018 steht, dass es in Liestal möglich sein soll, ohne eigenes Auto auszukommen. Dieses strategische Ziel kann nur glaubhaft umgesetzt werden, wenn die ÖV-Anbindung bei neuen Siedlungen gleich von Anfang an möglich ist. Und weil im BPK-Bericht kein diesbezüglicher Antrag formuliert wird, stelle er einen Zusatzantrag mit folgendem Wortlaut:

„Zwecks Planungssicherheit für Investor, Käufer- und Mieterschaft setzt sich der Stadtrat ein, dass eine Bushaltestelle "Grammetbrücke" in die Buslinie 78 aufgenommen, die öffentliche Verkehrsanbindung vorzeitig angekündigt und die Haltestelle rechtzeitig mit der Fertigstellung der QP-Wohnungen in Betrieb genommen wird.“

Dieser Antrag ist nicht Bestandteil der Quartierplanvorschriften, sondern ein zusätzlicher Auftrag an den Stadtrat im Rahmen des Einwohnerratsbeschlusses.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass im betreffenden Gebiet bereits 2 Bushaltestellen existieren und diese könnten dann im entsprechenden Zeitpunkt verlegt werden. Der formulierte Antrag sollte als Motion eingegeben werden.

Corinne Ruesch (GL) möchte von ihrer Vorrednerin wissen, welche Bushaltestellen denn gemeint sind, da ja die Bushaltestelle Cheddite aufgelöst wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, sie meine die Bushaltestelle „Heidenloch“ und „Altmarkt“, welche das neue Quartier auf beiden Seiten erschliesse.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, die SP-Fraktion werde den Zusatzantrag unterstützen.

Diego Stoll (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass die Erschliessung bzw. ÖV-Anbindung in der BPK diskutiert wurde. Die BPK war sich einig, dass die stadträtliche Haltung gemäss Seite 5/7 der Vorlage Nr. 2014/107 inhaltlich dem Zusatzantrag entspricht und nur gerade betreffend dem Umsetzungszeitpunkt Differenzen bestehen. Ist dieser Zusatzantrag überhaupt notwendig und was meint der Stadtrat dazu?

Stadtrat Peter Rohrbach informiert, dass die Vorlage „Verkehrskonzept“ im September oder aber spätestens im Oktober 2014 in den Einwohnerrat kommen wird. In diesem Konzept werden auch alle Bushaltestellen der neuen QP's thematisiert. Gegen den Zusatzantrag habe er nichts einzuwenden, da das Begehren des Antragstellers betreffend der Bushaltestelle ja bereits in der stadträtlichen Vorlage in Aussicht gestellt wird.

Pascal Porchet (FDP) meint, man habe bei der Vorberatung der Vorlage in der BPK sehr wohl die Siedlungsentwicklung beachtet und diskutiert. Die beantragte Bushaltestelle ist vom Stadtrat bereits thematisiert und ein diesbezüglicher Handlungsbedarf angezeigt worden. Den Sinn und Zweck des Zusatzantrages bzw. das Nachdoppeln durch Hanspeter Zumsteg sehe er deshalb nicht ganz ein.

Gerhard Schaefroth (CVP/EVP/GLP) findet es wichtig und sinnvoll, dass die Quartiere über eine gute ÖV-Anbindung verfügen. Mit dem Zusatzantrag verlässt man nun die Gesamtsicht und räumt dem QP Altbrunnen ein Sondergewicht ein, was im heutigen Zeitpunkt wohl kaum Sinn macht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, man höre immer wieder, dass Altbrunnen-Quartier sei schlecht erschlossen. Dies verwundert ihn als Bewohner des Sichertern-Quartiers doch auch etwas, denn das bereits seit längerer Zeit überbaute grössere Sichertern-Quartier verfügt über keine einzige Bushaltestelle. Würde denn nicht auch die Einwohnerschaft des oberen Sichertern-Quartiers eine Bushaltestelle verdienen? Die Altbrunnen-Bewohner können mit einem Fussweg zwischen 300 und 700 Metern gleich 3 Buslinien sowie die Waldenburgerbahn-Haltestelle im Altmarkt erreichen. Von solch guten ÖV-Anschlüssen können viele Einwohner in anderen Quartieren Liestals nur träumen, weshalb er eine Priorisierung im vorliegenden Fall nicht einsehe, zumal vom Stadtrat in seiner Vorlage die zusätzliche Haltestelle bei der Grammetbrücke bereits genügend verbindlich in Aussicht gestellt wurde.

Lisette Kaufmann (GL) meint, dass man früher gemachte Fehler betreffend schlechten ÖV-Anbindungen von Quartieren nicht wiederholen, sondern daraus lernen sollte. Der Schwerpunkt des Zusatzantrages liegt darin, dass man den Zeitpunkt der Bushaltestellen-Realisierung verbindlicher geregelt haben möchte.

Stadtrat Peter Rohrbach macht darauf aufmerksam, dass im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept sämtliche Abklärungen bereits vom März - Mai 2014 getroffen wurden und auch bei einer Gutheissung des Zusatzantrages keine weiteren Massnahmen veranlasst würden.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem Zusatzantrag von Hanspeter Zumsteg keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und über diesen abgestimmt werden kann.

://: Der Zusatzantrag von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion betreffend der Bushaltestelle „Grammetbrücke“ wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und nun auch über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK gemäss den Vorlagen Nr. 2014/107 und Nr. 2014/107a abgestimmt werden kann. Betreffend dem Quartierplan-Reglement wird von der BPK gemäss Vorlage Nr. 2014/107a folgender Änderungsantrag gestellt:

§ 8 Abs. 2 des Quartierplan-Reglements ist wie folgt abzuändern:

Für das Quartierplanareal ist ein Energiekonzept mit folgenden Zielen zu erarbeiten:

- a) Minimierung des Energiebedarfs hinsichtlich Wärme, Kälte und Elektrizität (z.B. Abwärmennutzung, energieeffiziente Geräte und Beleuchtung)*
- b) Prioritäten für die Energieversorgung:*
 - 1. Einsatz erneuerbarer Energien*
 - 2. Anschluss ans Fernwärmenetz*
 - 3. Anschluss ans Gasnetz*
- c) Die Massnahmen werden auf Grund des Standes der allgemeinen anerkannten Technik und nach dem Gebot der Verhältnismässigkeit festgelegt.*

://: Dem Änderungsantrag der BPK betreffend § 8 Abs. 2 des Quartierplan-Reglementes vom 19.12.2013 wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Stadtrat Peter Rohrbach ruft nochmals sein Votum an der letzten Ratssitzung in Erinnerung. Der Einwohnerrat kann sehr wohl Entscheide fällen, doch können diese vom Regierungsrat immer noch gestrichen werden, würden diese über keine Rechtsgrundlage verfügen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass das QP-Reglement Altbrunnen grossmehrheitlich mit der von der BPK beantragten Änderung beschlossen wurde. Die BPK stimmt dem zweiten stadträtlichen Antrag betreffend dem Situationsplan und dem Schnittplan vom 19.12.2013 zu.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Quartierplan-Vorschriften Altbrunnen, bestehend aus dem Quartierplanreglement sowie dem Situationsplan / Schnittplan 1:500 vom 19.12.2013 gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission.

208 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege vom 29.11.2000 (ESL 902.1), Teilrevision: Bericht der GOR-Kommission (Nr. 2014/133)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Markus Rudin (SVP) stellt als GOR-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2014/133a vor: Es handelt sich beim vorliegenden Geschäft nur um eine kleine Teilrevision eines Reglementes, welches von der Kommission an einer Sitzung beraten wurde. Die Fragen aus der Kommission konnten vom Abteilungsleiter der Buchhaltung kompetent und abschliessend beantwortet werden. Dem Einwohnerrat bzw. Stadtrat wird vorgeschlagen, in der Verordnung keine Abkürzungen zu gebrauchen und künftig alle Änderungen mit Endnoten zu bezeichnen.

Patrick Mägli (SP) dankt für die gute stadträtliche Vorlage und den guten GOR-Bericht. Obwohl es nur um ein paar kleine Reglementsänderungen ging, hatte die Kommission im bei der Vorberatung des Geschäfts viel Wissenswertes betreffend der Kinder- und Jugendzahnpflege erfahren. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates sowie der GOR einstimmig zustimmen.

Anna Ott (GL) möchte ergänzend zum GOR-Bericht noch festhalten, dass der neue Subventionierungsschlüssel nun auch dem kantonalen Recht entspricht. Mit der neuen Verordnung konnte auch eine Regelungslücke geschlossen werden. Die Grüne Fraktion ist auch nach der Kommissionsberatung der Meinung, dass das Geschäft hätte direkt beraten werden können. Bei den von der GOR gemachten Änderungsvorschlägen handelt es sich nur kosmetische Anpassungen. Geärgert habe man sich in ihrer Fraktion darüber, dass bei der GOR-Sitzung ausgerechnet diejenige Fraktion unentschuldigt nicht präsent war, welche für eine Kommissionsberatung plädiert hatte.

Stadtpräsident Lukas Ott meint, er habe betreffend dem GOR-Bericht sowie den heutigen Voten nichts zu sagen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege vom 29. November 2000 mit rückwirkender Inkraftsetzung per 1. August 2014 unter Berücksichtigung des Antrages der Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) gemäss Vorlage Nr. 2014/133a.

209 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Oberer Burghaldenweg: Ausführungskredit für Abwasser von TCHF 204, Planungskredit für Strassenprojekt von TCHF 60, Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2014/139)

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Ratsbüro schlägt dem Rat vor, die stadrätliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission BPK zur Vorberatung zu überweisen. Wie ihm der BPK-Präsident mitgeteilt hatte, hätte die Kommission für dieses Geschäft auch Zeit, da diese aktuell keine weiteren Geschäfte zu behandeln hat.

Dominique Meschberger (SP) sagt, ihre Fraktion unterstütze den Vorschlag des Büros.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittefraktion eine Vorberatung durch die BPK ebenfalls befürworte.

Pascal Porchet (FDP) orientiert, seine Fraktion werde der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2014/139 zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

210 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Seltisbergerstrasse, Tempo 30 - Bericht Stadtrat zum Postulat von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion betreffend Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse (Nr. 2012/11)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Patrick Mägli (SP) dankt für den stadträtlichen Bericht sowie die von ihm erhobene Einsprache gegen das kantonale Bauvorhaben. Die Verkehrssituation bei der Seltisbergerstrasse war hier im Rat auch schon mehrmals ein Thema. Im Mai hatte der Kanton ohne Beteiligung der Stadt eine Informationsveranstaltung durchgeführt und über das Projekt informiert, mit welchem die Strasse entgegen dem Willen der Anwohner auf 6 Meter verbreitet werden soll und im Bereich des Fussgängerstreifens eine Insel vorgesehen ist, was zu einer Geschwindigkeitsreduktion führen sollte. Die Anwohner hatten während der Planaufgabe ebenfalls Einsprache erhoben und die Einführung einer Tempo 30-Zone bei dieser kantonalen Nebenstrasse gefordert. Er unterstütze die Tempo 30-Zone an der Seltisbergerstrasse nach wie vor, welche stark befahren und von vielen Schülern frequentiert wird bzw. welche wegen dem starken Gefälle zudem zu schnellerem Fahren verleitet. Gemäss Aussagen in einem kantonalen Auditbericht wurden schon Geschwindigkeiten bis zu 75 Km/h gemessen und dieses Problem dürfte bei einer breiteren Strasse nicht geringer werden. Die Strasse sollte deshalb nicht verbreitert und die Seltisbergerstrasse in eine Tempo 30-Zone umgewandelt werden, was bei den zuführenden Gemeindestrassen bereits der Fall ist. Seine Fraktion wird sich bis zum Abschluss der laufenden Einspracheverfahren gegen eine Postulatsabschreibung aussprechen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, dass ihre Fraktion vom Stadtrat eine etwas ausführlichere Antwort erwartet habe. Sie hatte sich betreffend der Seltisbergerstrasse mit dem Kantonsverantwortlichen Urs Hess unterhalten, welcher die Strassenverbreiterung mit der Insel nach wie vor eine gute Lösung finde. Auf der momentan nur 6 Meter breiten Strasse können sich grössere Fahrzeuge kaum kreuzen und auch die Trottoirs sind zum Teil sehr schmal. Die Insel-Lösung hätte auch den Vorteil, dass die kantonale Radroute gesichert in die Langhagstrasse geführt werden könnte. Die Installation einer Ampelanlage wäre möglich, doch vermitteln diese nur eine Scheinsicherheit für die Fussgänger. Gemäss Bundesgerichtsentscheiden dürften auch bei der Seltisbergerstrasse verschiedene Punkte gegen die Einführung von Tempo 30 sprechen. Einige ihrer Fraktionsmitglieder unterstützen die Einführung von Tempo 30, sie selbst überzeuge die Insel-Lösung aber doch eher. Die Mittefraktion nimmt Kenntnis vom stadträtlichen Bericht, spricht sich aber ebenfalls gegen eine Postulatsabschreibung aus.

Beat Gränicer (SVP) bemerkt, eine Strassenverbreiterung mit gleichzeitiger Einführung von Tempo 30 würde wohl niemand begreifen. Das Kreuzen von grösseren Fahrzeugen kommt selten vor, ist aber schon ein Problem. Die Absenkung des einen Trottoir könnte aber die Lösung sein, denn damit könnten die Fahrzeuge in Ausnahmefällen besser ausweichen. Die Insel-Lösung bei der stark befahrenen Kreuzung dürfte schon gar nicht funktionieren. Auch der Fussgängerstreifen ist am falschen Ort und sollte weiter nach oben verlegt werden. Er selbst hat gegen das kantonale Projekt ebenfalls Einsprache erhoben und ist der Meinung, dass das Postulat trotz den unerledigten Einsprachen abgeschrieben werden könnte.

Sabine Sutter (FDP) äussert, die FDP-Fraktion nehme den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis. Die Sicherheit für die Kinder sei wichtig, doch müsse man dafür nicht zwingend Tempo 30 einführen. Man warte deshalb die Ergebnisse der Einspracheverhandlungen ab und wird deshalb der Postulatsabschreibung zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) sagt, auch ihrer Fraktion sei die Sicherheit auf den Strassen wichtig und deshalb sehe man nicht ein, weshalb die einfache Massnahme einer Tempo 30-Einführung nicht möglich sein sollte. Es ist begrüssenswert, dass sich der Stadtrat schlussendlich mit seiner Einsprache dafür einsetzt. Man hoffe nun auf eine Vernunftsentscheid des Kantons, bei welchem man sich nicht einfach an frühere Bundesgerichtsentscheide anlehne.

Pascal Porchet (FDP) berichtet, er habe gestern im Kanton Aargau eine neue technische Einrichtung gesehen: Eine Quasi-Lichtsignalanlage mit Bewegungsmeldern, einem Andreas-Kreuz und LED-Punkten auf dem Fussgängerstreifen hatten ihn als gutes und empfehlenswertes Hilfsmittel überzeugt. Diese Einrichtung unterstützt einen flüssigen Verkehr und dient auch einer besseren Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, sie habe Kenntnis vom Einsprache-Schreiben eines Anwohners der Seltisbergerstrasse, welcher sich gegen eine Landabtretung zu Gunsten einer breiteren Strasse ausspreche. Landenteignungen dürften noch längere Zeit beanspruchen.

Stefan Fraefel (CV/EVP/GLP) findet Tempo 30 ja auch eine tolle Sache, aber nur am richtigen Ort. Und oft hört man auch, dass ein langsames Fahren genau dort stattfinden soll, wo man nicht selber betroffen ist. Die Vorgaben des Bundes für eine Tempo 30-Zone wie bspw. die Durchführung einer Verkehrszählung, bauliche Massnahmen wie Kübel usw. sind klar definiert. Tempo 30-Zonen werden oftmals gemieden und auf Strassen in anderen Quartieren ausgewichen, was ja auch keine Lösung ist. Die Einführung von Tempo 30 hat normalerweise auch die Aufhebung von Fussgängerstreifen zur Konsequenz. Tempo 30-Zonen haben deshalb nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile. Er frage sich schon, ob Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse wirklich das Mass aller Dinge sein dürfte.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, vom Tiefbauamt des Kantons gebe es ein fertiges Projekt, welches der Anwohnerschaft vorgestellt wurde und bereits öffentlich aufgelegt hatte. Der Auftrag der Postulantin für die Vornahme weiterer Abklärungen durch den Stadtrat ist erfüllt, weshalb der Vorstoss auch als erfüllt abgeschrieben werden kann. Bei Begehrlichkeiten im Zusammenhang von Tempo 30 auf Kantonsstrassen leuchten beim Kanton gleich mehrere Warnlämpli auf. Verkehrsberuhigungsmassnahmen wie Tempo 30-Zonen dürften auch bei der Rosenstrasse bzw. beim Kunstturnzentrum thematisiert werden, welche ja vom Kanton übernommen werden soll. Er ist froh, dass der Rat mehrheitlich den Stadtrat betreffend der von ihm eingereichten Einsprache unterstützt.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat die stadträtlichen Ausführungen gemäss Vorlage Nr. 2012/11a zur Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2012/11 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht abgeschrieben.

211 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. OeW-Zonen, Überarbeitung - Bericht Stadtrat zur Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen betreffend Überarbeitung der OeW-Zonen in Liestal (Nr. 2013/35)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) führt nach Umfrage aus, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Die Motionäre bzw. einwohnerrätlichen Fraktionen möchten sich zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/35a äussern.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, der stadträtliche Bericht enttäusche die SVP-Fraktion doch etwas, denn dieses wichtige Geschäft ist seit Jahren auch ein Thema im Einwohnerrat. Mit der Unterzeichnung der Motion durch alle Fraktionen erhoffte man sich natürlich, dass man damit den Stadtrat bei seinen diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Kanton unterstützen könne und sich nun doch endlich etwas auf kantonaler Ebene bewegen wird. Trotz Verhandlungen, Konzepten usw. ist aber eigentlich nichts passiert. Trotz dem negativen stadträtlichen Bescheid wird man sicher nicht nachgeben, sondern sich halt neue Strategien überlegen müssen. Seine Fraktion wird der Motionsabschreibung zustimmen, damit man die Überarbeitung der OeW-Zonen auf einer anderen Basis wieder neu prüfen und thematisieren kann.

Peter Küng (SP) meint, seine Fraktion sei mit dem stadträtlichen Bericht bzw. Resultat auch nicht zufrieden, doch sehe man das Ganze nicht so dramatisch, wie es sein Vorredner geschildert hatte. Dem Bericht kann man ja entnehmen, dass es Signale vom Kanton gibt und etwas passieren wird. Die SP-Fraktion wird der Abschreibung der Motion an der heutigen Sitzung nicht zustimmen. Die stadträtliche Antwort zur Motion hätte etwas ausführlicher sein können, weshalb man die Vorlage Nr. 2013/35a als Zwischenbericht betrachte. Beim nächsten Bericht erwarte man schon etwas mehr Fleisch am Knochen, indem der Stadtrat konkrete Vorschläge für Zonenplanänderungen unterbreite usw. Dem Stadtrat möchte man für die weiteren Verhandlungen mit dem Kanton mitgeben, dass man nebst den Zonenplanänderungen auch Landverkäufe des Kantons für Wohnbaugenossenschaften usw. thematisieren würde. Seit der Besprechung des Stadtrates mit dem Kanton vom 09.04.2014 ist auch schon wieder einige Zeit vergangen und vielleicht kann der Stadtrat heute noch kurz über den aktuellen Stand der Dinge informieren.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass auch die Mittefraktion für den stadträtlichen Bericht zum Vorstoss dankt. Seine Fraktion erwartet aber, dass der Stadtrat mit einer Motion, welche von allen Fraktionen unterzeichnet und überwiesen wurde, anders umgeht. Gemäss § 42 des einwohnerrätlichen Geschäftsreglementes ist eine Motion ein ganz klarer Auftrag des Einwohnerrates an den Stadtrat, mit welchem bspw. der Erlass eines Reglementes usw. gefordert wird. Der Vorstoss Nr. 2013/35 ist vom Stadtrat hingegen wie ein Postulat behandelt worden, indem man das Begehren des Einwohnerrates gemäss Motion einfach nur geprüft und diesbezüglich Bericht erstattet hatte. Man frage sich schon, wie der Stadtrat grundsätzlich mit Motionen bzw. Aufträgen des Parlaments umgehe. Seine Fraktion kann und will deshalb dem stadträtlichen Antrag für die Abschreibung des Vorstosses nicht zustimmen, da die Motion gar nicht erfüllt wurde.

Anna Ott (GL) führt aus, ihre Fraktion habe wohlwollend den stadträtlichen Bericht bzw. die Zusage des Kantons, die Umnutzung einiger kantonseigener Parzellen in Erwägung zu ziehen, zur Kenntnis genommen. Man freue sich, dass der Kanton der uralten Forderung von Liestal betreffend einer besseren Gestaltung des Verwaltungsareals entlang der Rheinstrasse nachkommen wird und die kantonalen Verwaltungen vermehrt am Bahnhof Liestal zentralisiert werden soll. Der Abschreibung der Motion wird man zustimmen, denn als Druckmittel sollte wohl eher ein Vorstoss im Landrat eingereicht werden.

Thomas Eugster (FDP) meint, auch die FDP-Fraktion habe den Bericht zur Kenntnis genommen. Auch seine Fraktion ist mit den Ergebnissen und dem Umgang des Stadtrates mit der einwohnerrätlichen Motion nicht zufrieden. Es macht vermutlich Sinn, wenn man einen neuen Vorstoss mit präziseren Aufträgen einreichen würde und deshalb wird seine Fraktion der Motionsabschreibung zustimmen.

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, dass der Stadtrat sehr wohl den Auftrag der Motion betreffend einer Strategieentwicklung zusammen mit dem Kanton erfüllt habe. Dass die Zonenplananpassungen nur in einem längeren Prozess möglich sind, dürfte ebenfalls unbestritten sein und so bringt es schlussendlich wohl gar nichts, weiter gegen den Kanton zu poltern. Der Stadtrat hat ein sehr gutes Verhältnis mit den Kantonsverantwortlichen und so darf man sicher auch mit den Verhandlungsergebnissen zufrieden sein, welche im stadträtlichen Bericht aufgeführt sind. So werden noch im 2014 die Areale beim Martin Birmann-Spital, im Kreuzboden sowie beim alten Spitalfriedhof entwickelt. Der Kanton und die Stadt Liestal sind gleichwertige Partner im Dialog und deshalb sollten keine neuen Fronten aufgebaut werden. Der Motionsauftrag ist erfüllt und somit kann der Vorstoss auch abgeschrieben werden.

Peter Küng (SP) erklärt, dass hier und heute nur sehr wenige Ratsmitglieder den Kanton angegriffen haben. Kann es vielleicht sein, dass das Problem vielleicht auf fehlende Ressourcen in der Stadtverwaltung zurückzuführen ist?

Stadtpräsident Lukas Ott bemerkt, dass das Geschäft betreffend den OeW-Zonen in Liestal seit Jahrzehnten total blockiert war und mit der Motionsbeantwortung konnte der Stadtrat doch darauf hinweisen, dass man diesbezüglich beim Kanton nun doch Durchbrüche erzielen konnte. So wird bspw. noch dieses Jahr eine Projektorganisation aufgebaut und so ist es für ihn nicht durchschaubar, weshalb man sich im laufenden Prozess selbst überholen möchte und vor lauter Ungeduld kaum mehr im Zaun halten kann. Der Arealentwicklungsprozess sollte nun doch nach bestem Wissen und Gewissen sowie mit dem planerischen Fachwissen abgewickelt werden. Der Motionsauftrag wird spätestens dann verbindlich, wenn bspw. als Resultat des gemeinsamen Prozesses eine neue Quartierplanung vorliegt. Der Stadtrat möchte gegenüber dem Kanton weiterhin ein verlässlicher Verhandlungspartner sein und deshalb sollte der laufende Prozess nicht mit Kraftmeiereien im Einwohnerrat unnötig erschwert werden.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat den stadträtlichen Bericht zur Motion gemäss Vorlage Nr. 2013/35a zur Kenntnis.

://: Die Motion Nr. 2013/35 wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen abgeschrieben.

212 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL) - Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof

Am 25. April 2012 wurde das Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ (Nr. 2012/205) der Grünen Fraktion einstimmig an den Stadtrat überwiesen. Eine ältere Anwohnerin schrieb dazu in der Zeitung: „Für Gehbehinderte, auf Gehhilfen Angewiesene, Rollstuhlbenützer und generell ältere Bewohner der Quartiere Oristal- und Tiergartenstrasse ist der Zugang zum Stedtli verwehrt. Dieser Zustand ist nicht nur unzumutbar, er ist geradezu diskriminierend.“ In der Fragestunde am 29. Januar 2014 versprach der Stadtrat auf Ende Mai eine Lösung mit einem Lift. Weil immer noch keine Lösung vorliegt stelle ich die Frage nochmals: Wann dürfen die Bewohner der Quartiere Oristal und Tiergarten damit rechnen, endlich einen zumutbaren Zugang zum Bahnhof und auch zum Stedtli zu erhalten (denkbar als eine kurzfristige Lösung wäre auch ein Lift)?

Stadtrat Peter Rohrbach: Der Stadtrat hatte bereits vor der Postulatseinreichung immer wieder wegen der Problematik bei verschiedenen Stellen insistiert. Das Problem kann nur mit einem Lift gelöst werden und diese Kosten dürften sich auf rund TCHF 300 belaufen. Ein solcher Lift könnte frühestens nächstes Jahr in Betrieb genommen werden und müsste wegen den Bauarbeiten beim Bahnhof im Jahre 2018 bereits wieder abgerissen werden. Die stadträtliche Postulatsbeantwortung kann für die nächste ER-Sitzung vom 24.09.2014 in Aussicht gestellt werden. Bereits heute kann er darüber informieren, dass vom Stadtrat eine Investition von TCHF 300 für den Bau eines neuen Liftes und Dauer von 3 Jahren nicht unterstützt wird.

2. Frage / Marianne Quensel (SP) - Betreuung Asylanten, Vertrag mit Firma ABS

Am 5. Juni hat ORS die ABS übernommen. Welche Konsequenzen hat dies für die Betreuung der Asylanten hier in Liestal. Mussten Änderungen im Vertrag vorgenommen werden? Wenn ja wie lauten diese?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Übernahme der ABS durch die ORS hat für die Stadt und auch die Klienten keinerlei Auswirkungen. ABS wird weiterhin unter ihrem Firmennamen als Tochterunternehmen der ORS auf dem Markt tätig sein. Personell erfüllen die gleichen Ansprechpartner und Betreuer die mit der Stadt Liestal vertraglich vereinbarten Aufgaben und Bedingungen. Gemäss Mitteilung der ORS ist auch längerfristig keine Änderung vorgesehen.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Fahrende

Ich habe den Abstellplatz für Fahrende besucht. Diese beschwerten sich, dass es zuviele Ausländer hat, die ihre eigenen Gesetze haben. Weiter werden immer wieder die Anwohner im Oskar Bidergebiet von den Fahrenden angegangen, so z.B. wird gefragt, ob sie ihre Wäsche waschen dürften. Gibt es eine Ansprechperson für die Fahrenden und/oder wird der Platz respektive die anwesenden Personen regelmässig kontrolliert? Dürfen ausländische Fahrende den Platz überhaupt benutzen?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Fahrendenplatz in Liestal ist ein Durchgangsplatz, welcher von allen Fahrenden für maximal 1 Monat genutzt werden kann. Gemäss der Verordnung für Fahrende in Liestal gibt es keine Einschränkungen bezüglich Nationen oder Sippen. Die Fahrenden haben sich bei der Anreise bei der Verwaltungspolizei anzumelden und bei der Abreise abzumelden. Die CP Polizisten überprüfen regelmässig bzw. mehrmals wöchentlich, ob alle Personen gemeldet sind. In der Regel gibt es mit den Fahrenden keine Probleme. Dies wurde auch im Januar, anlässlich dem Runden Tisch Fahrendenplatz, welcher

zwischen der zuständigen Departementsvorsteherin, der Verwaltung und den Anwohnern durchgeführt wird, bestätigt. In diesem Jahr verhielten sich zwei Sippen auffällig. Sie wurden nach Eingang der Reklamationen umgehend weggewiesen. Die momentane Situation ist vertretbar bzw. auch zumutbar für die Anwohner.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Altpapiersammlung durch Vereine

Am vergangenen Samstag wurde das Altpapier, organisiert durch die Vereine, eingesammelt. Ganze Strassenzüge wurden nicht berücksichtigt, so z.B. Rehlagstrasse, Froburgstrasse, Sigmundstrasse, Kasinostrasse, Oristalstrasse. Für die Bewohner ist dies ärgerlich, macht man sich doch die Mühe das Papier bereitzustellen und zudem möchte man helfen, die Vereinskassen zu unterstützen. Wer trägt hier die Verantwortung? Könnte die Stadtverwaltung hier entsprechend intervenieren?

Stadträtin Regula Nebiker: Der Verwaltung sind noch weitere Quartiere bekannt, wo die letzte Altpapiersammlung nicht geklappt hatte. Herumliegendes Altpapier ist von den Betrieben am letzten Montag noch eingesammelt worden. Grundsätzlich möchte man die Papiersammlungen durch die Vereine auch weiterhin aufrecht erhalten. Bei einem Runden Tisch vorgängig der nächsten Papiersammlung vom 20. September 2014 treffen sich die Verantwortlichen der Betriebe mit den mitwirkenden Vereinsverantwortlichen, um das weitere Vorgehen besprechen zu können.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - ER-Pendenzenliste

Die Beantwortung einiger Postulate, wie z.B. die Nachstehenden

- Bücheliplatz-Befreiung von Durchgangsverkehr 2013/83
- Familienergänzende Kinderbetreuung in Kitas 2013/38
- Parkraum-Bewirtschaftungskonzept 2012/27

sind erheblich verspätet. Was ist der Grund für diese Verspätung, und wann kann konkret mit der Erledigung gerechnet werden?

- Bücheliplatz-Befreiung von Durchgangsverkehr (2013/83)

Stadtrat Peter Rohrbach: Es sind mehrere Vorstösse betreffend dem Verkehr in Liestal hängig. Die Schlussbesprechung mit den Fachleuten betreffend dem Verkehrskonzept findet am 02. September 2014 und dem Einwohnerrat wird eine entsprechende Vorlage für die September- oder Oktober-Sitzung unterbreitet.

- Familienergänzende Kinderbetreuung in Kitas (2013/38)

Stadträtin Marion Schafroth: Wegen den Herausforderungen und Umwälzungen im Departement konnte das Geschäft aus personellen Gründen vorangetrieben werden, wie man dies wünschte bzw. wollte. Das Geschäft ist an der gestrigen Stadtratssitzung behandelt und das weitere Vorgehen beschlossen worden. Die Subjektfinanzierung wird erst ab Januar 2016 stattfinden und für die Einwohnerratssitzung vom 24.09.2014 wird der Stadtrat einen Zwischenbericht zu diesem Geschäft vorlegen. Herr Lirgg ist als Leiter vom Tagesheim Sunnewirbel heute von ihr über den gestrigen Stadtratsbeschluss informiert und darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass das Tagesheim Sunnewirbel auch 2015 eine finanzielle Unterstützung der Stadt erhält.

▪ Parkraum-Bewirtschaftungskonzept (2012/27)

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Parkhaus Bücheli AG ist ja bekanntlich aufgelöst worden und der Stadtrat ist der Meinung, dass die Parkplatzbewirtschaftung nicht unbedingt ein Geschäft der Stadt sein muss. Das Postulat wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept im September/Oktober 2014 beantwortet.

6. Frage / Werner Fischer (FDP) - Quartierplan Ziegelhof

Ich habe folgende Fragen: Was ist der aktuelle Stand betreffend dem Quartierplan Ziegelhof? Welche Auswirkungen haben die Terminverzögerungen für das Projekt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Aktuell werden Einsprachen gegen das Bauvorhaben beim Kantonsgericht behandelt. Der Stadtrat kann in das laufende Verfahren nicht eingreifen oder dieses gar kommentieren, sondern muss wie alle anderen auch das Gerichtsurteil abwarten.

7. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Arisdörferstrasse, Belag

Vor den Sommerferien wurde die untere Arisdörferstrasse vom Altersheim Brunnmatt an abwärts mit einem neuen Strassenbelag versehen. Dies obwohl vor wenigen Monaten eben dieser Strassenbelag gerade erneuert wurde. Wieso wurden diese Arbeiten erneut durchgeführt? Zusatzfrage falls die Stadt Liestal der Verursacher für diese erneuten Arbeiten war: Sind der Stadt irgendwelche Kosten entstanden, obwohl es sich ja um eine Kantonsstrasse handelt?

Stadträtin Regula Nebiker: Bei der Arisdörferstrasse handelt es sich um eine Kantonsstrasse und die Stadt Liestal war bei den Belagserneuerungen nicht involviert. Man weiss aber, dass vom Kanton Garantiearbeiten vorgenommen werden mussten. Die Fragen betreffend den Kostenfolgen bzw. Kostenträgerschaft müsste deshalb dem Kanton gestellt werden.

8. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Familienergänzende Tagesstrukturen, Anmeldungen

Wieviele Kinder haben sich nun definitiv für die Teilnahme an den familienergänzenden Tagesstrukturen angemeldet? Kann das Angebot wie vorgesehen durchgeführt werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Angebot wird durchgeführt. Dies jedoch nicht an allen Standorten an allen Tagen, sondern mindestens an jedem Tag an einem Standort. Es sind insgesamt 32 Kinder, welche die Nachmittagsangebote bzw. Module 1 und 2 nutzen. 94 Kinder gehen zum Mittagstisch. Viele Eltern sind noch etwas verunsichert und beobachten das neue Betreuungsangebot, bevor sie sich familiär entsprechend neu organisieren. Man geht von einer steigenden Anzahl an Kindern im nächsten Jahr aus, welche das Betreuungsangebot nutzen werden.

9. Frage / Thomas Eugster (FDP) - H2-Umfahrung, Zentrumsanschluss

In der Zeitung war zu lesen, dass sich der Regierungsrat dafür einsetzt, dass die H2 Umfahrung in Etappen gebaut wird, wobei der Zentrumsanschluss zwar als Option aufgeführt wird, aber in der Ausführung zurückgestellt werden soll. Dies ist nicht im ursprünglichen Sinne von Liestal. Setzt sich der Stadtrat noch immer dafür ein, dass der Zentrumsanschluss gleichzeitig mit der Sanierung erfolgt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Der Kreisel betreffend dem Zentrumsanschluss muss ein anderes Planungsverfahren als die Instandsetzung der A22 durchlaufen. Vom Kanton ist zugesichert worden, bauseitig alle Vorkehrungen zu treffen, damit ein späterer Anschluss des Kreisels an die A22 möglich ist. Wegen dem Zentrumsanschluss sind aber vom Bund und auch Kanton

grundsätzliche Bedenken angemeldet worden. Der Stadtrat drängt darauf, dass die Frage betreffend dem Zentrumsanschluss jetzt geklärt wird, damit man weiss, woran man ist.

10. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Ziegelhofareal und Ankermieter Coop

Es sind Gerüchte im Umlauf, Coop habe die Geduld verloren und plane an Alternativstandorten (allenfalls auch ausserhalb des Zentrums). Das wäre der Untergang des Einkaufszentrums Liestal und auch eine klare Missachtung der Volksrechte, hat sich doch eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten für diesen Coop-Standort ausgesprochen. Darum hat die Öffentlichkeit einen Anspruch auf eine Antwort. Was weiss der Stadtrat?

Stadtpräsident Lukas Ott: Der Stadtrat hat die Gerüchte auch wahr genommen und auf Anfrage von Herrn Roger Vogt, Verkaufsleiter der Coop-Verkaufsregion Nordwestschweiz-Zentralschweiz-Zürich im April 2014 die Antwort erhalten, dass Coop weiterhin ein langfristiges Interesse am Standort Ziegelhof hat. Stadtrat und Coop bleiben weiterhin in Kontakt und dem Stadtrat ist glaubhaft versichert worden, dass man den Stadtrat bei einer allfälligen Neubeurteilung durch Coop an informieren würde.

Traktandenlisten-Änderung

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) macht den Vorschlag, dass das Postulat Nr. 2010/128 betreffend dem Wasserversorgungskonzept vorgezogen und als 8. Traktandum wird, da die dafür zuständige Stadträtin Regula Nebiker die heutige Ratssitzung früher verlassen muss. Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder stillschweigend mit der vorgeschlagenen Traktandenlisten-Änderung einverstanden erklären können.

213 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Wasserversorgungskonzept - Bericht Stadtrat zum Postulat „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept mit Variantenabklärung“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2010/128)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Bereits an dieser Stelle möchte er darüber informieren, dass das Büro dem Rat die Überweisung des Geschäfts bzw. der umfangreichen stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) beantragt.

Die Postulanten werden gebeten, sich zum stadträtlichen Bericht und zum weiteren Vorgehen zu äussern.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält als Postulant fest, dass der umfassende Bericht mit den pragmatischen Lösungsvorschlägen doch davon zeugt, dass das Geschäft auch für den Stadtrat von Wichtigkeit ist. Eine Vorberatung des stadträtlichen Berichtes durch die BPK wird begrüsst.

Walter Leimgruber (SP) dankt namens der SP-Fraktion für den ausführlichen Bericht und spannenden Informationen. Das Warten scheint sich gelohnt zu haben, die damaligen Zwängereien scheinen wirklich nicht angebracht gewesen zu sein und man weiss heute auch mehr als früher. Seine Fraktion spricht sich ebenfalls für eine Vorberatung der stadträtlichen Vorlage durch die BPK aus.

Bruno Imsand (FDP) gibt bekannt, dass seine Fraktion den Bericht ebenfalls mit Freude zur Kenntnis genommen habe und eine BPK-Vorberatung unterstützt. Eine Wortwahanpassung wäre wünschenswert, denn Liestal ist nicht alleine und so sollen bspw. auch Verbindungen und Notwasserversorgungen zwischen umliegenden Gemeinden möglich sein, indem die Wasserleitungen durch das Gemeindegebiet von Liestal hindurch führen. Als VR-Präsident der Wasserversorgung Waldenburgerthal AG möchte er beliebt machen, dass man die Türen auch Richtung Wasserregion 7 Waldenburgerthal öffnet. Ein langfristiges Ziel sollte es sein, dass man bis im Jahre 2050 notfalls Wasser von der Hardwasser AG bis ins Waldenburgerthal liefern könnte. Die Wasserstrategie des Kantons ist kürzlich publik gemacht worden und dürfte weitere Punkte enthalten, welche für Liestal interessant sein könnten. Seine Fraktion würde es begrüssen, wenn man einen Rundgang oder Tag der offenen Tür organisieren könnte, bei welchem die wichtigsten Anlagen der Wasserversorgung von Liestal besichtigt werden könnten.

Beat Gränicher (SVP) orientiert, auch seine Fraktion befürworte die Vorberatung des Geschäfts durch die BPK.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass gemäss kantonaler Vorschrift bis im Jahr 2030 ein zweites Standbein betreffend der Wasserversorgung eingerichtet werden muss. Die einfache und günstige Lösung bzw. der Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 ist in Liestal wegen einer Angstmacher-Kampagne im Jahre 2010 vom Souverän abgelehnt worden. Auch die Mittefraktion spricht sich für eine Vorberatung durch die BPK aus und hofft, dass die SP- und GL-Fraktion betreffend einem möglichen Hardwasser-Anschluss zwischenzeitlich auch etwas schlauer wurde.

Daniel Spinnler (FDP) meint, es dürfte für die FIKO noch interessant sein, wenn auch die Investitionskosten der jeweiligen Varianten noch beziffert werden könnten. Diese Zahlen dürften bei der abschliessenden Beurteilung der bevorzugten Variante noch wichtig sein.

Stadträtin Regula Nebiker dankt für die gute Aufnahme des stadträtlichen Berichtes im Rat. Auch sie begrüsst es, dass das komplexe Geschäft in der BPK vorberaten wird. Themen wie bspw. die Versorgungsautonomie der Gemeinden usw. sind nach der Postulatseinreichung auf kantonaler Ebene thematisiert worden und es gibt laufend wieder neue Erkenntnisse, welche es zu berücksichtigen gilt. Der Vorschlag für einen Tag der offenen Tür ist durchaus prüfenswert, macht aber vermutlich erst dann Sinn, wenn alle Bauten und Anlagen der Wasserversorgung instand gestellt sind. Die Investitionskosten der verschiedenen Varianten werden im nächsten Entwicklungsplan ausgewiesen.

Matthias Zimmermann (SP) würde einen Tag der offenen Tür vorgängig der BPK-Beratung begrüssen, damit man dann auch weiss, wovon man redet.

Stadträtin Regula Nebiker unterstützt den Vorschlag für einen vorgezogenen Tag der offenen Tür für die BPK, da noch weitere Objektfinanzierungen bei der Wasserversorgung anstehen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft bzw. der stadträtliche Bericht an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

214 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Gewerbezone „Untere Wanne“ - Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend Prüfung einer neuen Gewerbezone „Untere Wanne“ (Nr. 2014/127)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat
Daniel Spinnler
FDP Fraktion

Liestal, 18.05.2014

**Postulat
Prüfung neue Gewerbezone «Untere Wanne»**

Die FDP sieht in der Neuerschliessung des Gebiets Untere Wanne (Richtung Bubendorf / Landwirtschaftszone auf der rechten/linken Seite) grosses Potential für die Bestandespflege von Unternehmen (insbesondere Wachstum ohne Liestal verlassen zu müssen) sowie die Ansiedlung von neuen Unternehmen in Liestal. Denn durch die Inbetriebnahme der A22 (vormals H2) ist dieses Gebiet (aktuell Landwirtschaftszone) hervorragend an die Region und sogar darüber hinaus angebunden. LKW und Geschäftsfahrzeuge können das Gebiet schnell erreichen, ohne ein Wohnquartier durchqueren zu müssen. Auch der öffentliche Verkehr ist angebunden, so dass Pendler Ihre Arbeitsorte bequem erreichen können. Zusätzlich kann damit auch die WB gestärkt werden (deren Aktionär auch die Stadt Liestal ist), indem (bspw. durch Spuranpassung) Güter- und Personentransporte höhere Frequenzen und damit Einnahmen bringen.

Die BPK ist ebenfalls der Meinung, dass die Verkehrserschliessung für ein Gewerbegebiet wesentlich ist. Und: Das Potential des Gebiets Gräubern scheint auch die BPK zu sehen (siehe BPK Bericht zum EP14-18, Seite 2).

Der Stadtrat wird daher eingeladen, im Rahmen der Erschliessung einer attraktiven Gewerbezone im Raum untere Wanne (bis Grenze zu Bubendorf) folgende Punkte zu prüfen und darüber zu berichten.

- 1. Rechtliche Möglichkeiten und benötigte Massnahmen zur Umzonung / Verkehrserschliessung (Schiene / Strasse)*
- 2. Ungefähre Kosten für die Stadt Liestal (Planung, Infrastrukturererschliessung) in Abhängigkeit zu Grösse und konkretem Standort*
- 3. Ungefähre Erträge durch Abschöpfung allfälliger „Aufzoningsgewinne“ und / oder Anwenderbeiträge*
- 4. Möglichkeiten der Koordination mit der Wirtschaftsoffensive BL sowie der Nachbargemeinde Bubendorf*

Namens der FDP-Fraktion:

Daniel Spinnler

* * * * *

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf den neuen Vorstoss nicht bestritten wird.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Daniel Spinnler (FDP) hält als Postulant fest, dass ihn die Bereitwilligkeit des Stadtrates für die Postulatsübernahme freue, da er im Gebiet „untere Wanne“ ein grosses Potential sehe und dort auch die Verkehrsanbindung gut ist.

Lisette Kaufmann (GL) führt aus, dass ihre Fraktion das Postulat nicht an den Stadtrat überweisen möchte. Liestal verfügt über genügend freie Gewerbezone bzw. -flächen. Gemäss Angaben der Wirtschaftsförderung BL sind dies 132'000 m² an der Industriestrasse, 179'000 m² im Oristal usw., wobei die Bahnhofareal-Entwicklung noch nicht berücksichtigt ist. In unmittelbarer Nähe der unteren Wanne stehen im Altmarkt rund 47'000 m² bereit, welche für eine weitere Futuro-Etappe überbaut werden könnten. Zur Sicherstellung der Wasserversorgung wird eventuell ein Pumpwerk Gräubern notwendig sein und in Anbetracht einer neuen möglichen Gewässerschutzzone macht eine dortige Gewerbezone-Nutzung kaum Sinn. Gemäss LEK ist das dortige Gebiet auch als Wildtier-Korridor ausgeschieden. Bei der Umzonung von Landwirtschafts- in Gewerbezoneland geht es auch um die Ressource Boden. Boden ist nicht einfach Dreck, sondern die knappste Ressource, welche nicht erneuert werden kann. Die Schaffung einer Gewerbezone gemäss Vorschlag des Postulanten ist nicht notwendig und auch nicht notwendig.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, auch in der SVP als Gewerbe- und Bauernpartei werden verschiedene Meinungen betreffend dem vertreten. Das Postulat wird mehrheitlich abgelehnt und mit den gleichen Argumenten begründet, wie sie soeben erwähnt wurden. Es gibt genügend brachliegende Gewerbezone und es gibt zu wenige Gründe, um den Bauern das Landwirtschaftsland in der unteren Wanne wegzunehmen. Wirtschaftsförderung kann auch auf eine Art betrieben werden und berücksichtigt man die leer stehenden Laden- und Gewerberäumlichkeiten dürfte das Bedürfnis für weitere Gewerbezone kaum vorhanden sein. Auch wenn der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen, könnte man der Verwaltung den Mehraufwand für die Prüfung und Beantwortung des Vorstosses ersparen. Auch dürfte es gemäss neuer Gesetzgebung nicht mehr so einfach sein, Landwirtschaftsland umzuzonen.

Matthias Zimmermann (SP) legt dar, dass auch die SP-Fraktion mehrheitlich die erwähnten Ablehnungsgründe unterstützen kann. Vor 6 Jahren ist die Ortsplanung revidiert worden und man sollte sich auf eine gewisse Planbeständigkeit und -sicherheit verlassen können. Am 3. März 2013 ist das neue Raumplanungsgesetz grossmehrheitlich angenommen worden und so sollte man sich auch in Liestal Mühe geben, mit dem bereits überbauten Land auszukommen. Eine Zonenplanänderung dürfte wegen der Umsetzung des beschlossenen Raumplanungsgesetzes in den nächsten Jahren sowieso nicht möglich sein. Die Stadt kann sich tatsächlich die Arbeit sparen, welche für die Postulatsbeantwortung aufgewendet werden müsste.

Diego Stoll (SP) nimmt als BPK-Präsident Bezug auf die im Postulat gemachte Aussage betreffend der BPK-Haltung im Zusammenhang mit der Erschliessung von Gewerbegebieten. Das Potential im Gräubern-Gebiet wird auch von der BPK erkannt, doch kann er auch die heute geäusserten Bedenken unterstützen. Dennoch befürwortet er die Postulatsüberweisung an den Stadtrat, denn nach Vorliegen von dessen Bericht kann ja der Einwohnerrat immer noch das weitere Vorgehen beschliessen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) sagt, auch ihre Fraktion spricht sich mehrheitlich gegen eine Postulatsüberweisung bzw. eine Umzonung von Landwirtschaftsland in Gewerbezone aus. Das Landwirtschaftsland macht gerade noch 16 % der Gesamtfläche Liestals aus und dieses Land ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der Natur und unserer urbanen Gesellschaft.

Thomas Eugster (FDP) meint, es ist wichtig, dass man eine Gesamtschau habe und sich nicht auf einzelne Ecken und Teilgebiete fokussiere. Die Scheuklappen sollten deshalb abgelegt und der Vorstoss nicht gleich von Anfang an abgelehnt werden. Das Postulat sollte deshalb an den Stadtrat überwiesen werden, damit dieser den Vorstoss zumindest prüfen kann.

Hansrudolf Schafroth (SVP) bemerkt, auch er sehe in der unteren Wanne ein grosses Potential für eine gewerbliche Nutzung. In Liestal gibt es tatsächlich eine Gewerbezone-Brachen, was vermutlich in den meisten Fällen auf eine schlechte Verkehrsanbindung der betreffenden Gebiete zurückzuführen ist. Dieses Problem hätte man in der unteren Wanne nicht und damit könnte man auch die Erschliessung des angrenzenden Hanro-Areals prüfen, was man hier im Rat auch schon thematisiert hatte. Er wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) ist als Postulant überrascht ob der Inkonsistenz einzelner Ratsmitglieder, zumal auch die BPK ein Potential im Gräubern-Gebiet für das Gewerbe sieht. Es gibt auch keine neuen Erkenntnisse, welche gegen eine Postulatsüberweisung sprechen würden. Bei der Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes muss man ja auch nicht zwingend auf die kantonalen Vorgaben warten, sondern vorausschauend politisieren und handeln. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Oristal könnte man ja dort Umzonungen zu Gunsten der Landwirtschaft und der Natur vornehmen.

Beat Gränicher (SVP) erinnert daran, dass nach mehrjähriger Planung die Ortsplanungsrevision von Liestal erst vor relativ kurzer Zeit abgeschlossen werden konnte. Und auch er ist der Meinung, dass die Prüfung weiterer Gewerbezone keinen Sinn macht, so lange man noch so viel ungenutztes Gewerbeland hat. Bei der unteren Wanne handelt es sich um schönes Landwirtschaftsland, welches auch von Spaziergängern usw. genutzt wird. Er wird sich gegen eine Überweisung des Postulates aussprechen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum ihres Vorredners, denn die untere Wanne ist ein wichtiges und schönes Naherholungsgebiet, welches nicht umgenutzt werden sollte. Wer sind überhaupt die Landeigentümer und sind diese mit einer Umzonung einverstanden?

Pascal Porchet (FDP) meint, auch er habe sich als BPK-Mitglied mit der Ortsplanungsrevision und der Erschliessung von bestehenden Gewerbegebieten in Liestal befasst. Wichtig ist doch, dass man beispielsweise eine Gesamtschau betreffend den bestehenden und möglichen neuen Gewerbe- und Industriegebieten bekommt, damit man beispielsweise auch eine Umzonung bzw. einen Abtausch von Gewerbe- und Landwirtschaftsflächen prüfen und gegebenenfalls aufgleisen kann. Dem Postulanten geht es ja auch nicht um die Einzonung von zusätzlichen Gewerbeflächen, sondern um einen Abtausch bzw. eine sinnvolle und bedarfsgerechte Nutzung von Land. Diesem dynamischen und politischen Prozess sollte sich der Stadtrat und die BPK doch kurz widmen und zumindest den Vorstoss prüfen.

Markus Rudin (SVP) sagt, er habe bei einem Besuch im Gräubern-Gebiet bzw. dem Futuro-Gebäude festgestellt, dass aktuell das ganze Gebäude Nr. 16 leer steht und auch weitere Räumlichkeiten nicht vermietet sind. Und bevor man die Einzonung weiterer Gewerbeflächen im betreffenden Gebiet prüft, könnte man zuerst immer noch eine weitere Futuro-Baustappe realisieren, welche in bereits erschlossenem Gewerbegebiet liegt.

Thomas Eugster (FDP) meint, bei einer Bilanzierung der Steuereinnahmen kann man schnell feststellen, dass die Steuereinnahmen von juristischen Personen stagnieren oder gar rückläufig sind. Und gleichzeitig hat man grössere Flächen an Gewerbezone-Brachen. Und so kann man ja wohl zur logischen Schlussfolgerung kommen, dass die bestehenden Gewerbezone für Investoren wohl zu wenig attraktiv sind. Und gerade deshalb sollte man in einer

Gesamtschau mögliche neue und auch attraktivere Gewerbeazonen sowie eine Rückzonung von bestehendem Gewerbegebiet prüfen. Diese Gesamtschau sollte nun gemacht werden, sonst verbaut sich Liestal die Zukunft.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

215 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Verkehrsordnung im Stedtli - Postulat „Verkehrsordnung im Stedtli durchsetzen“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2014/128)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat
Daniel Spinnler
FDP Fraktion

Liestal, 19.05.2014

**Postulat
Verkehrsordnung im Stedtli durchsetzen**

Leider muss festgestellt werden, dass gewisse Personen zu Unrecht die Gratisparkierzeit durch wiederholtes Drücken der Parkuhren verlängern

Auch bei wiederholten Widerhandlungen gegen das Parkierungsreglement soll gemäss Stadtrat höchstens eine Busse von CHF 100.-- verfügt werden können (Delegationsnorm gemäss Strassenverkehrsgesetz). Erstaunlich ist, dass der Einwohnerrat in der letzten Anpassung des Parkierungsreglements eine Busse von CHF 500.-- beschlossen hat, ohne dass dieser Einwand damals bekannt gemacht wurde.

Weiter scheint auch das Zufahrtsverbot in der Rathausstrasse nicht konsequent durchgesetzt werden zu können: Regelmässig fahren Fahrzeuge nachmittags in die Rathausstrasse, obwohl ein Zufahrtsverbot werktags ab 12.00 Uhr auch für den Warenumschlag gilt (teilweise wird auch parkiert...).

Der Stadtrat wird daher eingeladen, Unterstützungsmassnahmen zur konsequenten Durchsetzung der Reglemente und Verordnungen im Bereich Parkieren und Verkehr im Stedtli zu prüfen und insbesondere über folgende Fragestellungen zu berichten:

- 1. Kosten für Ersatz oder Umprogrammierung von Parkuhren an denen die Autonummer hinterlegt werden muss. (Eine Wiederholung des Gratisparkens ist nicht mehr möglich - solche Lösungen sollen am Markt erhältlich sein) oder andere äquivalente technischen Lösungen*
- 2. Möglichkeit von E-Parking (Zahlung der Parkgebühr via Handy)*
- 3. Gesetzliche Möglichkeiten, um Wiederholungstäter auf eigene Kosten abschleppen zu lassen (ggf. Vorschlag einer entsprechenden Reglementsänderung zuhanden Einwohnerrat)*
- 4. Erstellen eines Pollers eingangs Rathausstrasse (analog Poller beim Törl)*

Namens der FDP-Fraktion:

Daniel Spinnler

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf den neuen Vorstoss nicht bestritten wird.

Stadträtin Marion Schaefroth sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Daniel Spinnler (FDP) hält als Postulant fest, dass er verschiedene Vorschläge und Fragen betreffend der Verkehrsordnung in seinem Vorstoss thematisiert. So wäre doch beispielsweise die Installation eines Pollers im unteren Bereich der Rathausstrasse ein Lösungsansatz für eine bessere Umsetzung der Verkehrsvorschriften im Stedtli. Auch der Missbrauch des halbstündigen Gratisparkierens durch ein wiederholtes Drücken der Parkuhren ist ärgerlich und hat unter anderem auch Gebühren-Mindereinnahmen zur Folge.

Dominique Meschberger (SP) erklärt, die SP-Fraktion werde der Postulatsüberweisung zustimmen. Die Regeln müssen eingehalten und durchgesetzt werden, sonst wird man unglaubwürdig. Die Fluktuation der Kunden im Stedtli muss funktionieren und deshalb ist auch die Einhaltung der Verkehrsordnung wichtig. Viele Autos parkieren auch ausserhalb der bewilligten Zeiten immer wieder in der Rathausstrasse, was natürlich nicht gerade zur Attraktivitätssteigerung des Stedtli beiträgt. Sie kann deshalb auch den Vorschlag des Postulanten für einen zusätzlichen Poller im unteren Teil der Rathausstrasse unterstützen.

Corinne Ruesch (GL) sagt, auch ihre Fraktion wird der Überweisung des Postulates ebenfalls zustimmen. Die Installation eines weiteren Pollers dürfte vermutlich die effektivste Lösung sein, damit die Autos aus der Rathausstrasse verschwinden. Auch müssen die Parkplätze besser bewirtschaftet werden, weshalb der Vorstoss betreffend der Verkehrsordnung unterstützt wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) bemerkt, seine Fraktion sei sich betreffend den Verkehrsfragen im Stedtli nicht immer einig, doch wird man beim vorliegenden Vorstoss einstimmig für eine Überweisung an den Stadtrat sein.

Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass sich auch die SVP-Fraktion für die Postulatsüberweisung ausspricht. Die Umsetzung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen ist hier im Rat schon mehrmals diskutiert worden, schliesslich sind die Lösungsansätze auch vielfältig. Er versteht es, dass man nach 12.00 Uhr ein verkehrsfreies Stedtli haben möchte, doch ist es beispielsweise für den Coop logistisch unmöglich, sämtliche Warenanlieferungen für den Morgen zu organisieren.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2014/128 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

216 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Rathausstrasse - Postulat von Diego Stoll der SP-Fraktion und Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sanierung und Neugestaltung der Rathausstrasse (Nr. 2014/131)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*„Einkaufen und Konsumieren hat viel mit **Emotionalität** zu tun. (...) Sowohl die auswärtigen Kundinnen und Kunden wie auch die Liestaler Einwohnerinnen und Einwohner sollen sich **bei ihrem Einkauf und dem Bummel durch das Stedtli wohl fühlen können.**“*

(Auszug aus der Motion 2014/124)

Postulat: Sanierung und Neugestaltung der Rathausstrasse

Die Erneuerung der offenkundig sanierungsbedürftigen Rathausstrasse ist seit langer Zeit ein grosses Anliegen der Liestaler Bevölkerung. Derzeit gleicht die Strasse, welche eigentlich eine Visitenkarte von Liestal sein sollte, einem Flickenteppich. Links und rechts erhebt sich ein Trottoir, welches einer zeitgemässen Einkaufs- und Flaniermeile nicht mehr gerecht wird und ältere oder gehbehinderte Personen tagtäglich vor unliebsame Herausforderungen stellt.

Im Budget 2014 ist für die Altstadtgassen, unter anderem auch für die Rathausstrasse, ein Gestaltungskonzept (Strassenoberfläche, Beleuchtung, Bepflanzung, Möblierung) vorgesehen, welches bis zum Jahresende durch externe Fachleute in enger Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege und der Stadtbaukommission erarbeitet wird.

Nachdem die Rechnung 2013 erfreulicherweise äusserst positiv ausgefallen ist, scheint die Zeit reif für ein deutliches Signal an die Bevölkerung, aber auch an das Gewerbe im Stedtli, zu sein: Die Rathausstrasse soll endlich erneuert werden!

Die Postulanten möchten den Stadtrat daher dazu einladen, zu prüfen, wie die Rathausstrasse innert nützlicher Frist saniert und neu gestaltet werden kann, wobei die folgenden Eckpunkte zu beachten wären:

- **Die neue Strasse sollte benutzerfreundlich wie auch kostengünstig ausgestaltet sein (Entfernung der Trottoirs, ästhetisch befriedigende, langlebige Oberflächengestaltung mit geringem Unterhaltsaufwand/Reinigungsbedarf, Eignung für Anlässe wie Märkte, Chienbäse, Maisingen etc.);**
- **Die Sanierung sollte – wenn möglich – in einer Expressvariante umgesetzt werden;**
- **Die Sanierung sollte so terminiert werden, dass sie möglichst rasch nach Abschluss der Bauarbeiten am alten Manor-Gebäude beendet werden kann, ohne dass die neue Strasse durch die mechanische Belastung der Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogen wird;**
- **Die Instandsetzungsarbeiten im Untergrund (Wasser, Abwasser, Fernwärme etc.) sollten in Koordination mit der Oberflächenneugestaltung erfolgen.**

Liestal, 22. Mai 2014

Diego Stoll
SP-Fraktion

Daniel Spinnler
FDP-Fraktion

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf den neuen Vorstoss unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, wenn der Vorstoss eine Interpellation wäre, würde er dazu folgende Antworten geben: Im Budget 2014 ist das Gestaltungskonzept betreffend der Rathausstrasse veranschlagt und im Budget 2015 ist ein Planungskredit von TCHF 280 eingestellt. Der Kreditantrag wird sich auf rund 2 Mio. Franken belaufen und gemäss Terminplan sollen die Bauarbeiten 2016/2017 ausgeführt werden. Das Rechnungsergebnis 2013 spielt bei den geplanten Investitionen in den Jahren 2016 und 2017 keine Rolle mehr. Gemäss Entwicklungsplan belaufen sich die Schulden bis im Jahre 2018 auf rund 57 Mio. Franken. Und sollte dieser Schuldenbetrag um weitere 2 Mio. Franken erhöht werden, so dürfte ihm das auch gleich sein. Die Postulatsüberweisung ist Sache des Einwohnerrates und spätestens beim stadträtlichen Kreditantrag würde auch die Abschreibung des Postulates Nr. 2014/131 beantragt.

Diego Stoll (SP) hält als Postulant fest, dass ihn die stadträtliche Stellungnahme bzw. technische Antwort doch etwas enttäusche. Vor wenigen Monaten ist vom Einwohnerrat ein wegweisender Entscheid im Zusammenhang mit der Überweisung der Motion Nr. 2014/124 gefällt worden und dieser wegweisende Entscheid kann nur so verstanden und interpretiert werden, dass im Stedtli etwas gehen muss. Eine Begegnungszone ist aber in der Rathausstrasse im heutigen Zeitpunkt wohl kaum möglich bzw. einladend. Auch ist der Zeitpunkt dieses Projektes ganz entscheidend, denn es kann ja wohl sein, dass 2 Jahre nach Abschluss der Manor-Baustelle wieder eine längere grössere Baustelle im Zusammenhang mit der Sanierung und Neugestaltung der Rathausstrasse in Angriff genommen wird. Ein koordiniertes Vorgehen ist unbedingt nötig. Auf der Homepage der Stadt wird über den Zeitplan von verschiedenen Baustellen im Stedtli informiert und im Entwicklungsplan die Rathausstrassen-Sanierung in den Jahren 2016 und 2017 vorgemerkt. Man kann somit die Sache nicht einfach dem Schicksal überlassen und zuwarten, denn wenn man der Überzeugung ist, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für ein starkes Zeichen ist, so sollte man im Rat reagieren und das Postulat an den Stadtrat überweisen.

Daniel Spinnler (FDP) hält als Mitunterzeichner des Postulates ergänzend fest, dass es wichtig ist, dass man nun vorwärts mache, denn Pläne existieren ja auch schon und der Münsterberg in Basel wäre ein gutes Beispiel bzgl. der Strassengestaltung. Die Umsetzung in einer Expressvariante sollte möglich sein, zumal in der Rathausstrasse auch diverse Stolpersteine nicht ganz ungefährlich sind. Auch der Einwohnerrat kann verantwortungsvoll mit Geld umgehen und es ist durchaus nicht die Meinung, dass man das Investitionsbudget um weitere 2 Mio. aufstockt, sondern dass man einfach die Rathausstrassen-Sanierung zu Lasten weniger wichtigen bzw. dringenden Projekten vorzieht und neu priorisiert.

Beat Gränicher (SVP) wundert es schon etwas, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Obwohl beispielsweise die Burgstrasse über weniger Leitungen als die Rathausstrasse verfügt, konnte diese doch in relativ kurzer Zeit gebaut werden. Und mit etwas Druck der Bauherrschaft könnte die Strassensanierung vermutlich auch in weniger als zwei Jahren durchgeführt werden. Nach dem Chienbäse könnte man beginnen und bis zum Weihnachtsmarkt die Bauarbeiten abschliessen, zumal die Neugestaltung auch keine Luxuslösung sein sollte.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, die stadträtliche Haltung überrasche auch seine Fraktion. Der Rat hatte sich an einer letzten Sitzung für eine Fussgängerzone im Stedtli ausgesprochen und dazu gehören nun halt einfach auch bauliche Anpassungen in der Rathausstrasse dazu. Bei einigen Bauprojekten mussten in der Vergangenheit grössere Verzögerungen zur Kenntnis genommen werden und deshalb wäre es wichtig, dass man betreffend der Rathausstrasse hier und heute bereits etwas unternimmt, damit man mit der Planung und Umsetzung umgehend beginnen kann.

Vreni Baumgartner (GL) sagt, dass die Sanierung der Rathausstrasse nur der nächste logische Schritt nach Abschluss der Manor-Baustelle sein kann und deshalb wird auch die Grüne Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass Stedtli wäre fast perfekt, würde nach der Rathausstrasse gleich auch noch das Törli saniert.

Thomas Eugster (FDP) spricht sich dafür aus, dass die Strassensanierung zügig und gleich im Anschluss an die Manor-Baustelle durchgezogen und realisiert wird.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass der ganze Prozess geordnet ablaufen muss. Und so muss beispielsweise das Gestaltungskonzept noch vom Kanton abgesegnet werden. Auch die Beschaffung der finanziellen Mittel basiert auf Rechtsgrundlagen und so wird auch mit dem Kreditbegehren für den Planungskredit über das weitere Vorgehen informiert. Begriffe wie „Schnellbaustellen“ usw. sind in Liestal entwickelt worden und man habe diesbezügliche Erfahrungen bei der Kanonengasse, beim Wasserturmplatz usw. gemacht. Und wie bereits vorgängig angekündigt, würde man die Abschreibung des Postulates zusammen mit dem Kreditantrag für die Realisierung beantragen. Im Budget wird für die Inangriffnahme der Planung ein Kredit von TCHF 280 beantragt, wofür dem Rat noch eine separate Vorlage unterbreitet wird. Zu berücksichtigen ist auch das spezielle Submissionsverfahren bei Projekten über 2 Mio. Franken. Es sollten deshalb nicht künstliche Kampfzonen aufgezogen werden, welche es gar nicht gibt.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, dass es betreffend der Rathausstrasse schon einmal ein Konzept gegeben habe, welches man ja wieder aus der Schublade ziehen kann. Und betreffend dem Rechtsrahmen besteht ja die Möglichkeit, dass man dem Einwohnerrat bereits an der nächsten Sitzung mit einer Sondervorlage einen Kredit beantragen würde. Und somit könnte mit der Planung auch schon im Oktober dieses Jahres begonnen werden.

Diego Stoll (SP) macht beliebt, dass der Einwohnerrat nun über die Postulatsüberweisung abstimmt.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2014/131 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

217 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Fuss- und Veloweg Burgeinschnitt - Interpellation „Viertes SBB-Gleis in Liestal: Fuss-/Veloweg entlang dem Burgeinschnitt“ von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion (Nr. 2014/134)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat der Stadt Liestal
Sozialdemokratische Fraktion*

Interpellation

Viertes SBB-Gleis in Liestal: Fuss-/Velowege entlang dem Burgeinschnitt

Es ist kein Geheimnis, dass die Planung des vierten SBB-Gleises durch Liestal auf Hochtouren läuft – die BZ hat berichtet. Dem Stadtrat ist es offensichtlich ein Anliegen, dass gute Querverbindungen für den Fuss-/Veloverkehr die aktuelle Zerschneidung der Stadt durch das Bahngebiet ein Stück weit mildern.

Noch hat man nur wenig gehört über die Längsverbindungen für den Fuss-/Veloverkehr entlang dem neu gestalteten und erweiterten Gebiet der SBB.

Ist der Stadtrat willens, sich im Planungsprozess zu Gunsten eines flächendeckenden Fuss-/Velowegnetzes auch diesbezüglich stark zu machen? - Dies insbesondere für je einen durchgehenden Weg vom Schwieri-Bahnübergang bis zur Gitterlistrasse beidseits entlang dem (neugestalteten) Burgeinschnitt.

Besten Dank zum Voraus für eine wohlwollende Antwort !

Matthias Zimmermann

Liestal, den 16.6.2014

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, dass man zusammen mit den SBB beim Planungsprozess selbstverständlich auch optimale Fuss- und Velowegverbindungen diskutierte. Der Rat ist ja bei der letzten Informationsveranstaltung auch über die Wegführungen sowie -verbindungen orientiert worden. An dieser Stelle möchte er darauf hinweisen, dass die SBB alle technisch machbaren Begehrlichkeiten und Wünsche bejaht, dafür aber dann auch die Rechnung schickt.

Matthias Zimmermann (SP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Stellungnahme und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist, zum Geschäft aber keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/134.

218 0.01.011.01 Einwohnerrat

**13. Kündigungen Stadtbauamt - Interpellation von Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion betreffend Kündigungen in der Abtei-
lung Bauamt (Nr. 2014/135)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion
Einwohnerrat Liestal

23. Juni 2014

I n t e r p e l l a t i o n
betreffend Kündigungen in der Abteilung Bauamt

In den vergangenen Jahren gab es in dieser Abteilung sehr viele personelle Abgänge. Nun stehen bereits wieder Kündigungen an. Bei den Mitarbeitenden, welche gekündigt haben, handelt es sich meistens um langjährige Angestellte der Stadt.

Für die rasante Bauentwicklung in Liestal ist der grosse Know-How-Verlust durch die enorme Fluktuation nicht förderlich.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welches sind die Gründe für die grosse Fluktuation beim Stadtbauamt?*
- 2. Besteht hier ein strukturelles und organisatorisches Problem?*

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, der Bereich Stadtbauamt bestehe aus den 3 Abteilungen, Hochbau, Tiefbau und Planung. Gleich anfangs möchte er betonen, dass aus Sicht des Stadtrates Fluktuationen nicht generell schlecht sind, denn diese ermöglichen auch neue Gesichtspunkte und Perspektiven etc. Ursachen von Kündigungen sind vielfältig, wobei man als Arbeitgeber darauf nicht immer Einfluss nehmen kann. Die Ursachen können nicht nur bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern beispielsweise auch bei den berufsspezifischen, wirtschaftlichen oder politischen Rahmenbedingungen liegen. Die Gründe der verschiedenen Kündigungen beim Stadtbauamt sind sehr vielfältig, weshalb diese auch nicht generalisiert werden können. Im Zusammenhang mit der ersten Frage sei festgehalten, dass im Stadtbauamt doch einige Wechsel in der Führung auf der strategischen und auch operativen Ebene stattgefunden haben, weshalb solche Wechsel auch zu einem gewissen Kulturwandel führen. Eine zweite Ursache hat mit dem Alter einiger Mitarbeitenden zu tun, welche im Alter von rund 50 Jahre nochmals die Chance packen wollten, etwas Neues anzugehen. Die zweite Frage muss verneint werden, denn man sehe keine strukturellen oder organisatorischen Probleme sowie Ursachen. Das Stadtbauamt steht im Zusammenhang mit verschiedenen Projekten, Quartier- und Arealplanungen etc. stark im Fokus und wird auch stark gefordert. Man ist der Meinung, dass das Stadtbauamt grundsätzlich gut aufgestellt ist.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Stellungnahme und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass die ganzen Diskussionen im Zusammenhang mit den Sozialen Diensten schon etwas hellhörig gemacht hatten. Nachdem dann auch noch beim Stadtbauamt diverse Kündigungen bekannt wurden, war man schon etwas beunruhigt und hatte deshalb die Interpellation eingereicht. Die Fragen seiner Fraktion sind vom Stadtrat zur Zufriedenheit beantwortet worden.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft bzw. der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/135.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lerf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann